



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode, 1987-1988

28.02.1989 - Drucksache 12/470

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN**Bremisches Ausgleichsprogramm für die Kürzung bei der Bundesanstalt für Arbeit**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes ist ein Ausdruck der arbeitsmarktpolitischen Verantwortungslosigkeit der Bundesregierung. Sie stellt die Länder vor die Alternative, entweder einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen oder aus eigenen Mitteln die Einsparungen des Bundes auszugleichen. Angesichts der nach wie vor extrem hohen Arbeitslosigkeit in Bremen ist die Bürgerschaft der Auffassung, daß auf Landesebene Ausgleichsmaßnahmen für die Kürzungen insbesondere bei ABM und Fortbildung und Umschulung erforderlich sind.

Ziel muß sein, die Vielfalt der Trägerlandschaft zu erhalten. Die Sicherung der vielen, auch der kleinen ABM-Träger bedeutet die Sicherung von Lebensqualität in Bremen. Die Vielfalt der Träger ermöglicht betroffenennahe Dienstleistungen, Kultur, Bildung und Beratungen. Benachteiligte und gesellschaftliche Minderheiten haben die Chance, über eigene Träger ein Höchstmaß an Selbstbestimmung zu realisieren, die eigenen Problemdefinitionen und Lösungswege in Angebote umzusetzen. Trägervielfalt ermöglicht Partizipation und Teilhabe, auch Zugänge zu sinnvoller Arbeit, verhindert Ausgrenzung und Diskriminierung.

1. Selbstverwaltete Projekte, Selbsthilfegruppen und Initiativen usw. leiden besonders unter den Kürzungen bei ABM. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept zur Rettung solcher Gruppen vorzulegen, das beinhaltet:

- einen ABM-Aufstockungsfond für **alle** Träger, deren Fördersatz reduziert wird und die über geringe Eigenmittel verfügen. Die Aufstockung soll der realen Lücke zwischen Arbeitsamtsförderung und 100 Prozent entsprechen;
- den Einstieg in eine Personalkostenübernahme durch das Land Bremen bei Trägern, die aufgrund der Sparmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in ihrer Existenz bedroht sind.

2. Im Bereich der Fort- und Weiterbildungsträger sind insbesondere sogenannte alternative Träger betroffen, die häufig innovative Formen und Inhalte in die Weiterbildung eingeführt haben. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept vorzulegen, das die Vielfältigkeit der Weiterbildungslandschaft sichert und auch zukünftig Möglichkeiten zur Umschulung bzw. Weiterqualifikation in ökologische Zukunftsberufe im bisherigen Umfang garantiert.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die zunehmende Relevanz der politischen Weiterbildung, auch innerhalb der beruflichen Weiterbildung und fordert den Senat auf, auch hierzu im Nachtragshaushalt zusätzliche Mittel einzuplanen.

4. In der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 16. Juni 1987 heißt es:

„Der Anteil der ABM-Beschäftigten unter direkter Trägerschaft des öffentlichen Dienstes ist in den vergangenen Jahren sukzessive reduziert worden. Er lag Ende '86 bei rund 41 Prozent. Diese Entwicklung ist nicht Ausdruck nachlassenden Engagements staatlicher ABM-Politik, sondern politisch gewollt. Die Zielsetzungen von ABM lassen sich mit freien Trägern in der Regel **effizienter** umsetzen, als dies im öffentlichen Dienst der Fall sein kann.“

Bei den nun anstehenden Kürzungen droht der Zusammenbruch vieler kleiner Träger, deren ABM gestrichen werden. Dem kann begegnet werden durch eine rasche

Umschichtung von ABM unter direkter Trägerschaft des öffentlichen Dienstes auf kleine Träger. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher den Senat auf, den Anteil des öffentlichen Dienstes an ABM innerhalb der nächsten 2 Jahre auf 10 Prozent zu senken. Ziel von ABM ist nicht, die öffentlichen Haushalte zu entlasten, sondern zusätzliche Beschäftigung zu schaffen. Wo Regelaufgaben des öffentlichen Dienstes — wie z. B. Abfallentsorgung, Museumsaufsicht u. a. — bislang über ABM erledigt wurden, sollen den Beschäftigten nach Auslaufen der ABM feste Anstellungsverträge angeboten werden.

Tiefenbach, Fücks und Fraktion DIE GRÜNEN

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Entwurf eines Antragsprogramms für die Kürzung bei der Bundesanstalt für Arbeit

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) ist ein zentralisiertes, bürokratisches Organ, das die

Arbeitsverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland durchführt. Die BA ist für die

Arbeitsverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland durchführt. Die BA ist für die

Arbeitsverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland durchführt. Die BA ist für die

Arbeitsverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland durchführt. Die BA ist für die

Arbeitsverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland durchführt. Die BA ist für die

Arbeitsverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland durchführt. Die BA ist für die

Arbeitsverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland durchführt. Die BA ist für die